

FRIEDRICH EBERT 1871-1925



Das Modell stellt die räumliche Ordnung dar.

Dr. Heber

Bauingenieur.

Walter Mühlhausen

Friedrich Ebert 1871–1925

Reichspräsident der Weimarer Republik



Herausgegeben von der
Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte (Heidelberg)
und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Berlin/Bonn)

Der Autor: Prof. Dr. Walter Mühlhausen (geb. 1956 im nordhessischen Eichenberg) war von 1986 bis 2023 bei der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg tätig, zunächst als stellv. Geschäftsführer, ab 2008 als Geschäftsführer und ab 2015 zugleich als Mitglied des Vorstandes. Er lehrte bis 2024 als apl. Professor an der Technischen Universität Darmstadt, wo er sich mit der hier vorliegenden Studie 2006 habilitierte.

Frontispiz:

Foto: Friedrich Ebert 1919

Handschrift:

Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel.

Fr. Ebert

Reichspräsident.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4297-8

© 3. durchgesehene und erweiterte Aufl. 2025 (1. Aufl. 2006) Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn | Tel. 0228/18 48 77-0 | info@dietz-verlag.de

Lektorat: Dr. Alexander Behrens

Satz: Just in Print, Bonn

Umschlag: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

Umschlagbild: Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg.

Druck und Verarbeitung: Hunter Books GmbH, Darmstadt

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Estonia 2025

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

Vorwort zur dritten Auflage	9
Einleitung: Über die Schwierigkeiten, sich dem Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu nähern.	13
I. Prolog: Der Weg eines sozialdemokratischen Arbeiterführers im Kaiserreich	42
1. Vom Heidelberger Handwerkersohn zum Parteiführer in Bremen (1871–1905)	42
2. Organisator und Schlichter: der Pragmatiker im Parteivorstand (1905–1913)	58
3. Burgfrieden und Parteispaltung: der Parteivorsitzende im Weltkrieg (1914–1918)	70
II. Vom Parteiamt zum Staatsamt: der Volksbeauftragte in der Revolution (1918/19)	98
1. Übernahme der Verantwortung im Zeichen von Revolution und Kriegsniederlage	98
2. Konkursverwalter und Treuhänder der Macht	106
3. Verhinderte Katastrophen und demokratische Weichenstellungen	114
4. Krisen und Kompromisse: um die Militärpolitik	129
5. Politik der Stärke	142
6. Friedrich Ebert in der Revolution – eine Bilanz	150
III. Auftakt in Weimar	165
IV. Das Amt und die Aufgabe	186
1. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen	186
2. Das Büro des Reichspräsidenten	206
3. Reichspräsident und Präsidialbüro im Verfassungsgeflecht	235
V. Zerstörte Illusionen: der Friedensvertrag von Versailles	247
VI. Reichspräsident und Wehrpolitik zwischen Revolution und Konterrevolution	286
VII. Republik in Gefahr: der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920.	316

VIII. Der Reichspräsident hat den Oberbefehl – die militärpolitischen Folgen des Putsches	347
1. Die neue militärische Führung	347
2. Die Marine als Sonderfall	378
3. Von der »vorläufigen« zur endgültigen Reichswehr	397
IX. »Er muss ausharren« – der Reichspräsident und der Ruck nach rechts 1920	420
1. Regierung ohne Sozialdemokraten – das Kabinett Fehrenbach . . .	420
2. Scharnier zwischen bürgerlicher Regierung und sozialdemokratischer Opposition	435
X. Rufer ohne Widerhall: Ebert und die Frage der Großen Koalition I (1921)	447
XI. Der Reichspräsident vertritt das Reich völkerrechtlich – zwischen Erfüllungspolitik und Ostorientierung.	466
1. Präsidiale Mitentscheidung bei Politik und Personal	467
2. Gegen den »Ausbruch nach Osten«: Rapallo	486
3. Ostpolitik in der Kontroverse	515
XII. Die Verlängerung der Amtszeit	527
XIII. Von Wirth zu Cuno: Ebert und die Frage der Großen Koalition II (1922)	552
1. Entfremdung und Bruch zwischen Ebert und Wirth	552
2. »... als mein politisches Gewissen völlig blank ist«: Cuno von Eberts Gnaden	572
XIV. Das Krisenjahr 1923	594
1. Ruhrbesetzung, passiver Widerstand und Cuno-Regierung: der Reichspräsident als Stütze	595
2. Auf breiten, aber tönernen Füßen: die Große Koalition	615
3. Die »Reichsexekution« gegen Sachsen	641
4. Am Rande der Diktatur? Ebert und die Pläne Seeckts im Zeichen der bayerischen Rebellion	675
5. Der Weg aus der Krise	699
XV. Reichspräsident und Artikel 48	722
1. Verfassungsgrundlage und Verfahrensbestimmungen	723
2. Der Ausnahmezustand bis zur Verabschiedung der Verfassung.	727
3. Maßnahmen zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung nach der Verabschiedung der Verfassung	733

4. Die Dehnung eines Verfassungsprinzips	752
5. Zur Rolle des Reichspräsidenten als Nothelfer	763
XVI. Repräsentation und Integration	775
1. Vorbedingungen und Verhaltensmuster	775
2. Mittler zwischen Unitarismus und Föderalismus: der Reichspräsident und die Länder	791
3. Der Reichspräsident und die sozialdemokratische Öffentlichkeit	809
4. Werber für die Demokratie und Symbol der Republik	816
5. Der Reichspräsident auf dem diplomatischen Parkett	848
XVII. 1924 – die Republik in ruhigerem Fahrwasser	870
1. Bürgerliche Regierung und außenpolitisches Tauwetter	870
2. Erneuter Schub nach rechts – die Bürgerblockregierung Luther	888
3. Distanz und Schulterschluss: Friedrich Ebert und seine Partei 1923–25.	901
XVIII. Im Kampf um das Ansehen von Amt und Republik	911
1. Im Fadenkreuz der Republikgegner	911
2. Der Prozess von Magdeburg	936
XIX. Krankheit und Tod des Reichspräsidenten	967
XX. Epilog: Friedrich Ebert in der politischen Erinnerung von Weimar	981
Schlussbetrachtung: Friedrich Ebert – ein deutscher Staatsmann	991
ANHANG	1003
Verzeichnis der Abkürzungen	1004
Quellen- und Literaturverzeichnis	1007
Archivalien	1007
Zeitungen.	1015
Quellensammlungen	1015
Kongressprotokolle, Parlamentsprotokolle, Jahrbücher	1019
Memoiren, Tagebücher, Werkausgaben, Briefwechsel	1021
Nachschlagewerke	1027
Sonstige Forschungsliteratur.	1028
Personenregister	1050
Bildnachweis.	1064



Der Reichspräsident, 1919.

Vorwort zur dritten Auflage

Es ist gewiss ungewöhnlich, dass eine geschichtswissenschaftliche Publikation fast 20 Jahre nach ihrem Ersterscheinen eine dritte, ganz überwiegend unveränderte Auflage erlebt, zeichnet sich doch gerade die Historiografie als ein besonders entwicklungsfreudiges Forschungsfeld aus, das durch neue Fragestellungen und die Verfügbarkeit neuer Quellen zu neuen Einschätzungen kommt, also immer »im Fluss ist«. Trotzdem erschien eine unveränderte Neuauflage der hier vorliegenden biografischen Funktionsanalyse gerechtfertigt, denn der Forschungsstand hat sich mit Blick auf die Reichspräsidentenzeit Friedrich Eberts nicht in einer Weise entwickelt, die eine grundlegende Überarbeitung erforderlich machen würde.

In ihrem Geleitwort von 2006 betonten Anke Fuchs und Henning Scherf als Vorsitzende der herausgebenden Institutionen, der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn/Berlin) und der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte (Heidelberg), dass eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biografie Eberts gefehlt habe, obwohl dieser als Wegbereiter der parlamentarischen Demokratie und als erstes demokratisches Staatsoberhaupt seinen festen Platz in der Geschichte der Deutschen einnimmt. Sie konstatierten weiter, dass mit der Studie diese Lücke hinsichtlich der Präsidentenzeit Eberts »endlich geschlossen« sei. In der Tat galt, wie Wolfram Pyta 2004 noch feststellen musste, dass die Zeit Eberts als Staatsoberhaupt bis auf wenige Annäherungen zu den historiografischen weißen Flecken zählte. So blieb Ebert lange Zeit weniger als erstes demokratisches Staatsoberhaupt denn als Politiker der Revolutionszeit in Erinnerung, wobei seine historische Verortung allgemein von den tradierten Klischeebildern über ihn in den Monaten der Revolution dominiert wurde. Er verkümmerte zu einer Chiffre für die Sozialdemokraten und die Sozialdemokratie in der ersten Republik, die den gestellten Herausforderungen nicht gewachsen gewesen sei, letzten Endes schlichtweg versagt und im Grunde den Weg in die Diktatur mitverschuldet habe. Die Spannweite der Wertungen reichte vom Arbeiterverräter bis hin zum Landesverräter.

Die vorliegende Studie ging von der Prämisse aus, dass es den Protagonisten der Zeit, an der Spitze dem Reichspräsidenten, gelang, trotz der desolaten Situation am Ende des Krieges nicht nur die drohende Katastrophe abzuwenden, sondern auch den Grundstein für eine parlamentarische Demokratie zu legen und die neue Staatsordnung zum Laufen zu bringen. So liegt diesem Band die Folgerung zugrunde, dass die Republik am Ende der Präsidentschaft von Ebert durchaus die Chance hatte, sich zu einer stabilen Demokratie zu entwickeln – kurzum: Der Untergang der Republik 1933 war nicht zwangsläufige Folge ihrer Grundsteinlegung von 1918/19. Die Sozialdemokraten vom Schlage Eberts »galten nun nicht mehr als eine Ansammlung von roten Hochverrätern«, sondern wurden als »Träger der beginnenden Demokratisierung der alten Klassengesellschaft« gesehen (Helga

Grebing 2011), wobei der erste Reichspräsident herausragte, da er in der schwierigsten Phase deutscher Geschichte der Neuzeit Verantwortung übernommen und sechs Jahre lang getragen hatte. Das alles bedeutet freilich nicht, dass die hier ausgetragenen Ergebnisse nicht doch noch durch Einzelstudien zu überprüfen wären.

Das ist bislang noch nicht in einer Weise geschehen, die eine Neubearbeitung – über die Korrektur von einigen Fehlern hinaus – erforderlich machen würde, obwohl seitdem die Weimar-Forschung vorangetrieben wurde und obwohl Quellen zu Friedrich Ebert bereitgestellt wurden wie mit der Edition seiner Reden als Reichspräsident (2017), der bald die Reden als Parteiführer und die als Parlamentarier folgen dürften. Im weiteren Sinne als Quelle gilt auch der Bildband über Friedrich Ebert, erschienen zu seinem »150. Geburtstag« 2021. Trotz alledem glaube ich doch feststellen zu dürfen, dass die Studie weiterhin den aktuellen Stand der Forschung, freilich aus der subjektiven Sicht des Autors, widerspiegelt.

Eine Neufassung hätte einleitend auch der Frage nachzugehen, ob und wie die Ergebnisse der ursprünglichen Studie von 2006 ihren Niederschlag in der Forschungslandschaft gefunden haben – wenn dies überhaupt der Fall ist. Denn nach wie vor gilt auch, dass Stereotypen des historisch-politischen Verständnisses fest zementiert sind, nur langsam zerbröseln und dabei durch anderes ersetzt werden. Um nur ein Beispiel anzuführen: Nach wie vor wird in jüngeren Publikationen immer noch die These vertreten, Ebert sei direkt oder indirekt in die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verstrickt gewesen. Es verwundert schon, dass die hier auf der Basis einiger unbekannter Quellen geschöpfte Interpretation von anderen beim Aufwärmen tradierter Ansichten nun so gar nicht rezipiert, nicht einmal der Versuch gemacht wurde, sie auf den Prüfstand zu stellen und zu widerlegen.

Andererseits würde es sicher auch reizen, sich mit neuen Thesen auseinanderzusetzen, etwa mit jener, die in der Kooperation von SPD und KPD in Sachsen und Thüringen ein linksrepublikanisches Projekt sieht, das die Weimarer Demokratie hätte stärken und strapazierfähiger machen können. Aus dieser Sicht wird die Reichsexekution gegen Sachsen vom Oktober 1923 zu einem Bruchpunkt, der die weitere Stabilisierung der Republik verhindert und den linken Flügel der Arbeiterschaft dauerhaft von der parlamentarischen Demokratie entfremdet habe. Da wäre doch genauer hinzuschauen, ob der KPD des Jahres 1923, die ja immerhin den »roten Oktober« plante, wenn auch abblies, tatsächlich die Fähigkeit zur republikanischen Hinwendung attestiert werden kann. Dass nach wie vor Stresemann als eigentlich treibende Kraft in der Sachsen-Krise im Gegensatz zu Ebert von der Verantwortung für das Vorgehen der Reichsregierung gegen die beiden mitteldeutschen Staaten weitgehend entbunden wird, lässt sich eigentlich längst nicht mehr begründen. Am Mythos Stresemann wurde nicht gerüttelt; er gilt nach wie vor als »Weimar's Greatest Statesman« (Jonathan Wright 2002). Hier soll nun aber nicht der Wettstreit um die Krone des größten Politikers der ersten Republik eröffnet werden, ohnehin eine Kategorie, die keineswegs eine historiografische ist (oder zumindest sein sollte). Gleichwohl: Es bleibt also nach wie vor bei Kontroversen rund um Ebert, die zugleich Kennzeichen der Vitalität von Geschichtswissenschaft sind.

Grundsätzlich wäre vor dem Hintergrund der aktuellen Gefahren für die Demokratie die Frage nach der Wehrhaftigkeit der ersten Republik neu zu stellen. Das gilt insbesondere für den vielfach kritisierten Rückgriff auf den Notverordnungs-Artikel 48, für den Vorwurf einer angeblich zu leichtfertigen Anwendung durch Ebert und für die Frage, ob dieser Rückgriff auf Artikel 48 nicht durchaus vor allem als Aktion zur Verteidigung der Demokratie zu sehen ist. Andersherum: Führt nicht die aus einer aktuellen Entwicklung resultierende veränderte Sicht auf Geschichte zu neuen Wertungen? Was ist gemeint? Galt auch noch nach der Jahrtausendwende die repräsentative Demokratie in Deutschland als Modell von naturgesetzlicher Dauerhaftigkeit, so zeigen sich nunmehr Tendenzen, die dieses Axiom ins Wanken bringen, angesichts der Gefährdungen, der schwindenden Akzeptanz und einer offen militanten Gegnerschaft. Und die Frage brennt aktuell auf den Nägeln, wie diese zweite Republik auf deutschen Boden krisensicher gemacht und gegen ihre Feinde verteidigt werden kann; wehrhafte Demokratie heißt das Stichwort. Bezieht man diesen Handlungsmaßstab stärker als Zielprojektion in die Betrachtung mit ein, erscheint manche Aktion der Weimarer Zeit vielleicht doch in einem etwas anderen Licht. Möglicherweise hat die erste Republik nur so lange bestehen können, weil die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten von den Verantwortlichen konsequent zur Verteidigung und zur Stabilisierung der Demokratie genutzt wurden. Lange galten »Ruhe und Ordnung« per se als verfemte Wertmarken; und die, die das über staatliche Maßnahmen herzustellen versuchten, wurden eines überzogenen Ordnungsdenkens bezichtigt. Vielleicht ist »Ruhe und Ordnung« überhaupt erst die Grundvoraussetzung für das Funktionieren eines demokratisch organisierten Gemeinwesens. Demokratie sei – so der Berliner Polizeipräsident Albert Grzesinski (SPD) 1931 – nur möglich, wenn sie »den Mut zur Strenge, zur Härte aufbringt«.

1923, so ist jüngst landauf, landab in den Publikationen zum Jahrestag konstatiert worden, stand die fragile Republik bereits am Abgrund. Es grenzt beinahe an ein Wunder, dass sie sich so gerade noch am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen konnte. Demokratie und Rechtsstaat überwand den Krisenjahr, wenn auch mit einem lädierten Ansehen. Die schwer erschütterte Republik stellte eine erstaunliche Flexibilität und hohe Überlebensfähigkeit unter Beweis, in erster Linie dank der verteidigungswilligen Entscheidungsträger in den Schaltzentralen der Macht. Dass die Verfassung von den Republikfeinden später schließlich gegen ihren Sinn missbraucht wurde und sie damit der Demokratie den Garaus machten, steht auf einem anderen Blatt.

Bei einer grundlegenden Neubearbeitung nach so vielen Jahren würde man gern dem Drang nachgeben, kritische Bemerkungen der ein oder anderen Rezension aufzugreifen, auch wenn das als Beckmesserei verpönt werden könnte. Ein solches Unterfangen würde jedoch den Rahmen eines bescheidenen neuen Vorworts sprengen. Leider kann auch der Verbleib und die Zugänglichkeit einzelner Quellenkonvolute nicht verifiziert werden. Das gilt in erster Linie für die Bestände in den Moskauer Archiven, einschließlich der Akten ursprünglich deutscher Provenienz.

Zudem hat sich bei einigen relevanten Nachlässen etwas getan, die sich vor 2006 noch in Privathand fanden. Der Restnachlass von Philipp Scheidemann wurde von den Nachkommen gesplittet. Teile, darunter einige Devotionalien, gelangten ins Stadtarchiv und ins Stadtmuseum seiner Heimatstadt Kassel, der Großteil lagert seit geraumer Zeit im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Wo der Nachlass des US-Botschafters Alanson B. Houghton sich jetzt befindet und ob er überhaupt noch zugänglich ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Unverändert bleiben die Archivverweise und auch die seinerzeit verwendeten Kürzel und Bestandstitel, die etwa für das Bundesarchiv mittlerweile verändert und vereinheitlicht wurden. Viele Aktenkonvolute staatlicher Provenienz sind wie Parlamentsdrucksachen, Parteitagprotokolle oder Zeitungsbestände nun im Internet zugänglich, was die Recherche ungemein erleichtert. Hier bleibt nur der allgemeine Verweis auf deren digitale Verfügbarkeit.

Für die dritte Auflage sind einige Abbildungen hinzugefügt worden, andere wurden wegen urheberrechtlicher Unsicherheiten ausgetauscht. Das vollkommen neue Abbildungsverzeichnis gibt Antwort und berücksichtigt dabei auch, dass Fotos, die sich 2006 noch in Privathand befanden, unter anderem bei den inzwischen verstorbenen Nachfahren Eberts – etwa bei seinen Enkeln Heinrich Jaenecke und Karl Heinz Ebert –, nun das Archiv der Stiftung in Heidelberg bereichern. Das gilt auch für einige schriftliche Dokumente und Devotionalien aus der Familie und deren Umfeld.

* * *

Gern wiederhole ich hier meinen Dank an all jene, die seinerzeit das Entstehen der Studie mit Rat und Tat begleitet haben: Dazu zählen die Mitglieder von Vorstand und wissenschaftlichem Beirat der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte sowie Weggefährten und Kenner der Materie. Zu danken ist den studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Heidelberger Stiftung, die über Jahre hinweg unschätzbare Hilfe leisteten. In besonderer Weise verbunden fühle ich mich dem Institut für Geschichte der Technischen Universität Darmstadt, das die Studie 2006 als Habilitationsschrift angenommen hat und mir somit die Möglichkeit gab, für einige Jahre als Privatdozent und dann als apl. Professor zu lehren.

Seinerzeit habe ich den Band meinen Eltern, die mir beide ein Studium ermöglicht haben, sowie meiner Frau Iris und unseren Kindern Julia und Marius gewidmet. Die Widmung kann ich nun wiederholen und erweitern, und zwar auf Lucie und Matthias sowie auf die vier Unvergleichlichen Ida und Nora, Tim und Max, die meine neue Lebensphase von Freiheit und Freizeit so bereichern.

Neckarsteinach, im Dezember 2024

Walter Mühlhausen

Einleitung: Über die Schwierigkeiten, sich dem Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu nähern

Beginnen wir mit dem Ende: Man schreibt den 4. Februar 1925. An diesem Mittwoch begeht Reichspräsident Friedrich Ebert seinen 54. Geburtstag. Zu diesem Zeitpunkt steht der Sozialdemokrat – am 11. Februar 1919 von der in Weimar tagenden Nationalversammlung zum Staatsoberhaupt gewählt – fast sechs Jahre an der Spitze der ersten deutschen Republik, die nach dem revolutionären Umbruch vom 9. November 1918 wesentlich von ihm mitbegründet worden ist. Von seinem Geburtstag nimmt die Öffentlichkeit wenig Notiz. In den Tageszeitungen der Hauptstadt findet er keine Erwähnung. Auch das sozialdemokratische Zentralorgan »Vorwärts« informiert seine Leser nicht von dem Geburtstag des Mannes, der immerhin von 1913 bis 1919 Vorsitzender der SPD gewesen ist. Bereits in jungen Jahren hatte sich der Heidelberger Schneidersohn, selbst gelernter Sattler, der sozialdemokratischen Bewegung angeschlossen, war in der aufstrebenden SPD von einem der unzähligen Werber zu einem lokalen Parteiführer aufgestiegen. Nach 14 Jahren in Bremen war er 1905 in den zentralen Parteivorstand gewählt worden, wo er sich als Organisator der zur Massenpartei wachsenden SPD bewährte. 1925 gehört er 35 Jahre der Partei an.

Friedrich Ebert selbst ist kein Mann, der auf Lobeshymnen Wert legt. Er begeht seinen Geburtstag im kleinen Kreis. Anlass zur inneren Zufriedenheit besteht im Februar 1925 nicht. Das hat mehrere Gründe, die sowohl im persönlich-politischen als auch im gesamtpolitischen Bereich liegen. Zunächst zur persönlichen Seite: Im Dezember 1924 ist in einem der von ihm angestregten zahlreichen Verleumdungsprozesse geurteilt worden, dass er durch seinen Eintritt in die Streikleitung bei den großen Berliner Ausständen im Januar 1918, im vierten Kriegsjahr, Landesverrat begangen habe. Das ist ein Verdikt, das den Patrioten Friedrich Ebert zutiefst getroffen hat.

Über die aus dem Urteil entstandene seelische Aufregung verschlechtert sich seine durch die permanente politische Anspannung ohnehin angeschlagene Gesundheit. Seit Jahren plagen ihn Gallensteinkoliken; jetzt klagt er seit Weihnachten über allgemeines Unwohlsein. Der Raubbau an seiner Gesundheit, auch durch die fortwährende politische Belastung über Jahre hinweg, fordert seinen Tribut. Seit über zehn Jahren steht er im Brennpunkt der Politik, zunächst als Vorsitzender der SPD. Diese Zeit ist durch den Ersten Weltkrieg geprägt, eine der kritischsten Phasen der Parteigeschichte, in der eine für die weitere Entwicklung der organisierten Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert weitreichende und dauerhafte Entscheidung gefallen ist: die Spaltung in einen reformorientierten und einen revolutionär-radikalen Flügel.

Die persönlichen und gesamtpolitischen Linien vereinigen sich im November 1918, als Ebert im Zeichen des Untergangs des Wilhelminischen Kaiserreiches in die staatliche Verantwortung tritt, am 9. November für einen Tag Reichskanzler wird und dann als führender Kopf der Revolutionsregierung entscheidenden Anteil an den Weichenstellungen zur parlamentarischen Demokratie nimmt. Von diesem Zeitpunkt an ist er ein Politiker von nationaler Bedeutung, zunächst in der Revolution, einer Phase, wie sie in solcher Komplexität die deutsche Geschichte bis dahin nicht gekannt hat. Die Jahre als Reichspräsident sind dagegen vergleichsweise ruhiger, aber kaum weniger von schweren Entscheidungen geprägt – und von persönlichen Enttäuschungen, die in Ebert den Wunsch nach einem Rückzug aus der Politik keimen lassen.

Im Februar 1925 steht die Entscheidung an, wen seine Partei ins Rennen zu der für das Frühjahr vorgesehenen Volkswahl des Reichspräsidenten schicken wird. Die zweifelsfrei besten Aussichten hat der Amtsinhaber. Doch Ebert ist unsicher, ob er sich dem Votum des Wählers stellen soll. Das Urteil von Magdeburg hat wesentlich zu diesen Zweifeln beigetragen. Auch an seinem Geburtstag beschäftigt sich die Presse ausgiebig mit dem von Ebert angestrebten Berufungsverfahren.¹ Vor einer Entscheidung über seine Kandidatur soll der Vorwurf des Landesverrats getilgt werden. Die Parteiführung drängt ihn zur Kandidatur, doch Ebert zögert – zumal seit dem Herbst 1923 das Verhältnis zwischen ihm und seiner Partei gespannt ist. Wenngleich das Magdeburger Skandalurteil zu einem engeren Schulterchluss zwischen Friedrich Ebert und seiner Partei geführt hat, so kann dies doch nicht die Narben der Wunden überdecken, die in den letzten Jahren geschlagen worden sind. Zwischen ihm und seiner Partei ist eine Kluft entstanden, bedingt durch sein Amt, das er mit dem Versprechen angetreten hat, ein Vertreter aller Deutschen sein zu wollen, nicht Vormann einer einzigen Partei. Es hat sogar Rufe nach seinem Ausschluss aus der SPD gegeben. Aus der Sattler-Gewerkschaft ist Ebert nach Jahrzehnten der Mitgliedschaft ausgeschlossen worden. Friedrich Ebert, der 1918/19 noch der unbestrittene, aber durchaus nicht unumstrittene Führer der Sozialdemokratie gewesen ist, fühlt sich vereinsamt, politisch allein gelassen, sehnt sich nach einem Rückzug vom politischen Geschäft, nach einem Lebensabend in seiner Geburtsstadt Heidelberg.

Über die ihn persönlich doch sehr belastenden Disharmonien im Verhältnis zu seiner Partei hinaus kann und darf ihn der Zustand der von ihm mitbegründeten Weimarer Republik nicht zufrieden stellen. Wenige Tage vor seinem 54. Geburtstag ist die erste reine Bürgerblockregierung unter Einschluss der konservativ-monarchistischen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) aus der Taufe gehoben worden. Vergeblich hat Ebert in den zählebigen Verhandlungen um eine Kabinettsbildung vor und nach den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale geworfen, um eine Regierungsbeteiligung der antidemokratischen DNVP zu verhindern. Er hat erfahren müssen, dass den

1 »Berl. Tbl.« 59 v. 4. Febr. 1925, dreiviertelseitiger Artikel »Nachspiel zum Magdeburger Prozess«.

in der Verfassung niedergelegten Einwirkungsmöglichkeiten des Reichspräsidenten bei der Regierungsbildung Grenzen gesetzt sind. Ebert hat immer wieder auf eine mehrheitsgestützte Regierung gedrängt. Meist ohne Erfolg. So hat er in den sechs Jahren seiner Amtszeit nicht weniger als neun Kanzler ernannt, mehr als ein Dutzend Kabinette erlebt, die zumeist ohne parlamentarische Mehrheit agieren mussten, und einer Vielzahl von Ministern die Bestallungs- und Verabschiedungsurkunden ausgestellt. Angesichts der geringen Haltbarkeitsdauer von Regierungen verkörpert er als Reichspräsident das Element der Kontinuität in der Republik. Dem ausgesprochenen Machtpolitiker bleibt es unverständlich, dass die Parteien, auch die eigene, sich allzu gern in die Opposition sehnen. Für den Mann, der 1918/19 angetreten war, die neue Republik auf das dauerhafte Bündnis von Arbeiterschaft und Bürgertum zu gründen und eine Brücke zwischen den im Kaiserreich noch verfeindeten Parteien von Sozialdemokratie, politischem Katholizismus und demokratischem Liberalismus zu schlagen, muss diese Entwicklung eine Enttäuschung darstellen. Hätte er diese Entwicklung verhindern können?

Doch damit nicht genug. In Preußen, dem größten und mächtigsten Einzelstaat, schweben Regierungsverhandlungen. Die große sozialdemokratische Bastion steht wohl vor dem Fall: Die Große Koalition unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun ist vor wenigen Wochen zerbrochen. Nach seinem Rücktritt hat der preußische Landtag Braun zwar erneut zum Regierungschef gewählt, aber es zeichnet sich Anfang Februar 1925 bereits ab, dass er keine neue Regierung zustande bringen wird. Auch hier wird in wenigen Tagen die SPD aus der Regierung verbannt sein, wenn auch nur für kurze Zeit. Den erneuten Amtsantritt seines Freundes Braun wird Ebert nicht mehr erleben. Auf Reichsebene steht die SPD nunmehr schon mehr als 15 Monate nicht mehr in der Exekutive. Das hat Ebert verbittert. Er ist nach Brauns Rücktritt »als letzter der Mohikaner«² in höchsten Staatsämtern aus der Anfangszeit der Republik übrig geblieben. Ebert sehnt sich nach seiner »früheren politischen Freiheit«, leidet »unter der Gefangenschaft« in seinem Präsidentenpalais.³ Gewiss wirkte die zunehmende politische und menschliche Vereinsamung auch auf Eberts Psyche. Wie tief, wie lang anhaltend, wie sehr seine politischen Handlungen beeinflussend – das offenbarte der Reichspräsident nur ganz wenigen, und das lässt sich, so sei vorab eingestanden, nicht verifizieren. Alles in allem: Ebert muss sich an seinem 54. Geburtstag die Frage nach Erfolg und Misserfolg seiner letzten sechs politischen Jahre, der Zeit an der Spitze der Republik, stellen. So bleibt es offen: Kandidiert der Amtsinhaber, dessen Amtszeit der Reichstag im Oktober 1922 bis zum 30. Juni 1925 verlängert hat, in den Reichspräsidentenwahlen? Die »lange bebrütete Frage«, ob Ebert nochmals in den Wahlkampf zieht, ob er ein »zweites Jahrsiebt«⁴ an der Spitze der Republik stehen wird, entscheidet sich auf tragische Weise: Keine vier Wochen nach seinem

2 Lehnert, Republik, S. 132.

3 So Ebert im Herbst 1923 nach Katharina von (Kardorff-)Oheimb in Ebert, Kämpfe, S. 20.

4 Hellpach, Wirken 2, S. 244 (dort auch das vorstehende Zitat).

54. Geburtstag stirbt der erste Reichspräsident infolge einer zu spät erkannten und zu spät operierten Blinddarmentzündung.

Sein früher, ja tragisch zu nennender Tod, auch infolge der Wirkungen einer beispiellosen Rufmordkampagne der Republikgegner (»fast ein Mord, ein Mord mit Worten und Paragraphen«⁵), prägte das Bild Eberts in der Nachwelt – bis weit in die Bundesrepublik hinein.⁶ In der Erinnerungskultur der Sozialdemokratie von Weimar wurde Friedrich Ebert zum Symbol, gerade im Vergleich zu seinem Nachfolger, dem kaiserlichen Heerführer Paul von Hindenburg. In einer Zeit, als ein Mann der Vergangenheit das Reichspräsidentenamt innehatte, erschien Eberts Präsidentschaft in hellem Schein. Viele frühere Dissonanzen zwischen der Parteizentrale und dem Reichspräsidentenpalais waren jetzt vergessen. Aber insgesamt blieb Friedrich Ebert (bis in die heutigen Tage) weniger als Reichspräsident, sondern vielmehr als Politiker der Revolutionszeit in Erinnerung. Seine historische Bewertung wird auch heute noch in weiten Teilen von den Klischeebildern seiner Haltung in den Monaten der Revolution geprägt.⁷ Er wurde jenseits der historischen Wissenschaft als derjenige gesehen, der in der Revolution den Weg zur Demokratie gebahnt und Deutschland vor einer »Bolschewisierung«, einer Räte-Diktatur nach russischem Vorbild, bewahrt hatte. Das wurde durch die zunächst dominierende konservativ ausgerichtete Forschung untermauert. Diese Wertung fand ihren Niederschlag in den Handbüchern zur Geschichte und in den westdeutschen Schulbüchern bis weit in die 1980er Jahre hinein.

Im Zuge einer intensiven Betrachtung der Revolutionsperiode wandelte sich das Ebert-Bild. In der in den 1960er Jahren einsetzenden, in erster Linie linkssozialdemokratischen Forschung⁸ manifestierte sich die Ansicht, dass es in der Revolutionsphase nicht um die Alternative zwischen Demokratie oder Bolschewismus gegangen sei. Die neue Forschung förderte zutage, dass die bis dahin als radikal oder kommunistisch eingestuften Arbeiter- und Soldatenräte in der Mehrheit für die Demokratie eingetreten waren. Unter solchem Blickwinkel wurde Eberts Politik in ein anderes Licht gestellt. Er verlor seinen Nimbus als Retter vor dem Bolschewismus. Es wurden Versäumnisse der Revolutionsregierung und

5 Schulze, Weimar, S. 295.

6 Nach der Aufsehen erregenden Rede von Bundespräsident Gustav Heinemann im Januar 1971 zum 100. Jahrestag der Reichsgründung, in der er wider den Bismarck-Kult geredet hatte und die neue Bundesrepublik nicht in die Tradition des 1871 begründeten Reiches gestellt sehen wollte, brach im bürgerlich-konservativen Lager ein Sturm der Entrüstung aus, der in dem Vorwurf gipfelte, Heinemann habe mit dieser Rede den Boden des Grundgesetzes verlassen. Da erinnerte der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner zornesrot daran, dass schon einmal ein deutsches Staatsoberhaupt Opfer einer Verleumdungskampagne geworden sei; vgl. Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 262. Rede Heinemanns gemeinsam mit seiner Rede zum 100. Geburtstag von Ebert gedruckt als: Heinemann, Reichsgründung.

7 So treffend Lehnert, Republik, S. 247.

8 Jüngste kompakte Überblicke zur Revolutionsforschung: Schönhoven, Revolution von 1918/19, S. 209; Winkler, Wendepunkt. Für die hier weiter nicht interessierende DDR-Geschichtswissenschaft vgl. Jürgen John: Das Bild der Novemberrevolution 1918 in Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft der DDR, in: Winkler (Hrsg.), Widerstreit, S. 43–84.

insbesondere von Friedrich Ebert bei der Grundsteinlegung der Demokratie ausgemacht. Nicht die Umformung nach sowjetischem Vorbild habe 1918/19 auf der Tagesordnung gestanden, sondern es sei darum gegangen, die zu gründende Demokratie zu sichern. Wurden in der Revolutionszeit nicht zu wenig Reformen unternommen, nicht zu wenig Pflöcke eingeschlagen, um der ersten deutschen Demokratie ein solides Fundament zu geben? So wurden weit über die historische Wissenschaft hinaus Versäumnisse der Revolution zu entscheidenden Fehlern der Republik erklärt, die für den Untergang 1933 verantwortlich gemacht werden.⁹ Es herrscht in der Forschung weitgehend Konsens, dass die Problemlagen am Ende des Krieges eine begrenzte Kooperation der Volksbeauftragten mit der militärischen Führung und der Ministerialbürokratie geboten. Die (Mehrheits-)Sozialdemokratie, insbesondere ihre Galionsfigur Ebert, habe es jedoch versäumt, in der gemeinhin als »offen« bezeichneten Zeit zwischen 9. November 1918 und 6. Februar 1919, der Konstituierung der Nationalversammlung, vorbeugende Strukturmaßnahmen in Angriff zu nehmen, um der parlamentarischen Demokratie ein festeres Fundament zu geben.¹⁰ Allerdings: Die Frage, ob ein Mehr an Reformen in der Revolution diese neue Republik wirklich stabiler gemacht hätte, bleibt gleichwohl hypothetisch.

Während im Rahmen einer intensiven Betrachtung der Revolutionsphase Politik und Strategie Eberts in dieser Zeit nun weitgehend ausgeleuchtet und – wenn auch unterschiedlich – bewertet worden sind¹¹, während Eberts Weg in die politische Verantwortung 1918/19, der Weg eines Handwerkersohnes an die Spitze der SPD, über biographische Studien hinreichend erforscht worden ist¹², bleibt der Reichspräsident Friedrich Ebert auffallend blass. So schrieb schon die republikanische Zeitschrift »Deutsche Republik« in ihrer ersten Ausgabe vom November 1926, dass Ebert »im Kampf der Meinungen und im Gewirre der politischen Geschäfte so wenig erkennbar geworden« sei.¹³ Solches Urteil hat lange bestanden. Nach seinem Tod erschienen lediglich biographische Abrisse, zumeist von Weggefährten,

9 1988 sprach der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt davon, dass man den Untergang 1933 nicht ohne die Weichenstellungen von 1918/19 sehen könne. Er redete gar von einer »Legende der drohenden bolschewistischen Gefahr« in der Revolution und warf, in Überschätzung der Handlungsspielräume in der Revolutionszeit und in Unterschätzung der Bürgerkriegsgefahr, der SPD und insbesondere Ebert vor, geglaubt zu haben, dass die junge Republik nicht überleben könne, wenn sie nicht die Unterstützung der monarchischen Rechten erhalte. Ebert habe daher nichts von einer Entmachtung der alten Eliten wissen wollen. Brandts Rede gedruckt als Brandt, Wegmarken; vgl. zur Einordnung von Brandts Urteil: Winkler, Weg nach Westen 2, S. 462.

10 Vgl. die Einleitung von Heinrich August Winkler zu Bernstein, Revolution, S. 10.

11 Vgl. als (gegensätzliche) Wertung von Eberts Politik in der Revolution die Beiträge von Rürup und Jesse in König u.a. (Hrsg.), Ebert. Hier wird Eberts Politik in der Revolutionszeit nur grob umrissen.

12 Für den Weg Eberts bis 1918 sind herauszuheben: Kotowski, Ebert (dessen zweiter Band, der die Zeit von 1917 bis 1925 hätte umfassen müssen, niemals erschien) und die Dissertation von Buse, Ebert and German Socialism, sowie auch Münch, Heidelberg.

13 »Deutsche Republik«, 1. Jg., Heft 1 vom November 1926, S. 50.

die eine Zeit lang mit ihm in Kontakt gestanden hatten.¹⁴ Das waren überwiegend wohlwollende populärhistorische Würdigungen, in die auch der große Gedenkband »Friedrich Ebert und seine Zeit« aus dem Jahr 1926 einzureihen ist, der Beiträge von Weggefährten und Politikern der Zeit enthält. Gleichzeitig erfolgte der Versuch einer Popularisierung Eberts durch einen »Fritz-Ebert-Roman«, eine Mischung aus Reportage und Fiktion aus der Feder des bremischen Pfarrers Emil Felden.¹⁵ Eine wissenschaftliche Analyse über Leben und Werk Eberts wurde in der Weimarer Republik nicht in Angriff genommen.

Daran änderte sich nach 1945 zunächst nichts. Die erste biographische Würdigung in der Nachkriegszeit stammte von Max Peters, der vor 1914 mit Ebert in der Arbeiterjugendzentrale gesessen hatte.¹⁶ Wissenschaftlich war, was den Reichspräsidenten Ebert betraf, lange Zeit Fehlanzeige zu vermelden. Ein Ende der 1960er Jahre von der Friedrich-Ebert-Stiftung initiiertes Projekt »Friedrich Ebert und seine Zeit« wurde nicht mehr realisiert. Noch 1971 konnte Günter Arns mit vollem Recht konstatieren, dass man bei der Bewertung von Eberts Politik als Staatsoberhaupt bislang nur auf Randbemerkungen zurückgreifen könne.¹⁷ Wie jeder andere 100. Geburtstag eines Politikers wurde auch der von Friedrich Ebert Anlass zur wissenschaftlichen Betrachtung. So erschien zu diesem Zeitpunkt, mehr als 50 Jahre nach seiner Wahl zum Reichspräsidenten, neben Aufsätzen, die Eberts gesamte Biographie in das Blickfeld nahmen¹⁸, ein Beitrag von Hans Mommsen, der in hoher Dichte den Reichspräsidenten Ebert auf den entscheidenden Handlungsfeldern vorstellte und seine Einflussnahme auf die Politik der frühen Weimarer Republik vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklungen analysierte.¹⁹ In gewisser Weise ist dieser Beitrag strukturelles Vorbild für die hier vorliegende Studie. Aus dem gleichen Jahr datiert auch das bescheiden als »biographischer Versuch« annoncierte Lebensbild Eberts von Peter-Christian Witt, das später mehrere wesentlich

14 Etwa Kampffmeyer, Ebert (Erstauf. 1923; nach Eberts Tod in 4. Aufl. mit dem veränderten Untertitel »Ein Gedenkblatt«). Erste biographische Abrisse erschienen nach Eberts Wahl zum Reichspräsidenten, so von Eberts Bremer Weggefährten Franz Diederich; vgl. Münch, Heidelberg, S. 12.

15 Felden, Ebert. Scheidemann bezeichnet in seinem Exil-MS Felden als einen Freund Eberts, der sich nach eigener Aussage bei seiner Darstellung auf »authentische Mitteilungen« habe stützen können; Scheidemann, Versagen, S. 97. Vgl. auch die Kritik von Scheidemann, Memoiren 1, S. 360, an Feldens Buch.

16 Peters, Ebert, erschien erstmalig 1950 und wurde mehrfach aufgelegt, zuletzt als Sonderauf. 1961, nach der hier zitiert wird. Für die Tätigkeit Eberts in der Jugendzentrale vgl. in gebotener Kürze Kap. I/2, S. 60.

17 Arns, Ebert, S. 1.

18 Vgl. auch die von der Bundeszentrale für politische Bildung 1971 ohne Obertitel publizierte Schrift mit den Beiträgen von Peter-Christian Witt: Friedrich Ebert. Parteiführer – Reichskanzler – Volksbeauftragter – Reichspräsident (weitgehend identisch mit seiner Einführung zum Gedenkband; siehe Anm. 20) und von Helga Grebing: Friedrich Ebert. Kritische Gedanken zur historischen Einordnung eines deutschen Sozialisten. Bei Grebing ist ein Wandel in der Beurteilung Eberts festzustellen; vgl. ihre Schrift von 1996: Grebing, Verantwortung. 1971 erschien auch der von Inter Nationes herausgegebene Band: Friedrich Ebert 1871/1971.

19 Mommsen, Ebert. Der Beitrag erschien zunächst 1971 in: Friedrich Ebert 1871/1971, S. 82–108 (siehe zu diesem hier Anm. 18); 1979 wieder abgedruckt in: Mommsen, Arbeiterbewegung, S. 296–317. Nach dieser Publikation wird hier zitiert.